



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

§: Die nationalliberale Partei

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die nationalliberale Partei

Auf den 1. Februar hat die nationalliberale Partei eine Sitzung ihres Zentralvorstandes nach Berlin einberufen; es soll u. a. auch über den nächsten Delegiertentag, für den Hannover in Ausschluß genommen ist, Beschluß gefaßt werden. Wegen des Ausganges der Zolltarifdebatten im Reichstag und der begonnenen Vorbereitungen für die Neuwahlen sind beide Versammlungen nicht ohne Bedeutung und Tragweite. Das Reich sowohl wie der Reichstag, beide bedürfen dringend einer Erstarkung der nationalliberalen Partei. Die Parteiverhältnisse, wie sie im Reichstage liegen, sind ungesund, und eine Reichspolitik, die gezwungen ist, sich auf sie zu stützen und ihnen ihre Erwägungen und Maßnahmen unterzuordnen, kann beim besten Willen nicht Wege gehen, die vom Standpunkt der Gründung und der Entwicklung des Reichs als normal gelten können. Das Wort: „Der deutsche Kaiser und der deutsche Reichstag sind an einem Tage geboren“ hat auch eine ernste Nebenbedeutung: mit dem Sinken des Ansehens des Reichstags ist unabweisbar ein Sinken des Reichsgedankens verbunden. Die Kraft einer starken Monarchie kann dem vielleicht noch lange Zeit Einhalt tun, sie wird es aber zuletzt nur durch Mittel können, die den Wünschen einer nationalliberalen Partei nicht entsprechen. Es kommt aber noch mehr in Betracht. Die Einheit und die Kraft unsrer auswärtigen Aktionen leiden darunter, wenn das Ausland weiß, daß hinter der Regierung nicht ein von dem ganzen Stolze des nationalen Bewußtseins erfüllter und getragener Reichstag steht. Man denke an die Interpellation Bennigsen vom 1. April 1867. Die nationalliberale Partei wird also gut tun, alle Reichstagswahlkreise einer sorgfältigen Prüfung auf die zu erzielenden Ergebnisse hin zu unterziehen und überall da, wo ein Erfolg nicht gänzlich aussichtslos ist, mit voller, zäher Energie in den Wahlkampf einzutreten. Selbstverständlich kommt für die Wahlkreise, in denen Kandidaturen der beiden konservativen Parteien mit den Nationalliberalen in Wettbewerb stehen, die Rücksicht auf die Verbündeten im Zolltarifkampf in Betracht, die hoffentlich auch fernerhin im Laufe der Session getrennt marschieren, aber vereint mit den Nationalliberalen schlagen werden. Da den Konservativen dieselbe Rücksicht obliegt, so würde es trotz allem sehr weise sein, wenn die drei Parteien vor Schluß des Reichstags ein gemeinsames Zentralwahlkomitee einsetzten, das in voller Loyalität und Billigkeit für die Wahlkreise, in denen nur Kandidaturen der drei Parteien gegeneinander oder nebeneinander gegen die Linke in Betracht kommen, die Entscheidung träge. Kompromisse werden da unvermeidlich sein, und nicht immer werden sich störrische Wählermassen, namentlich die

vom Bunde der Landwirte geleiteten, durch das höhere politische Gesamtinteresse beherrschen lassen. Das werden aber immer nur Ausnahmen sein, in vielen Fällen ist und bleibt ein Ausgleich möglich, wenn alle patriotischen Männer das Wort auf ihre Fahne schreiben, das einst ein so mächtiges Echo geweckt hat: Lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten! — Es handelt sich für die nächste Legislaturperiode doch um mehr als um Zoll- und Handelsfragen; das werden die Konservativen auch der Leitung des Bundes der Landwirte gegenüber festhalten müssen.

Die Organisation in dieser Richtung kann so schwer nicht sein. Anfänge sind in einzelnen Wahlkreisen schon vorhanden, und man ist nicht ohne Erfolg an der Arbeit, wie die Ersatzwahl im Kreise Grimmen gezeigt hat; für Sachsen steht ein Abschluß hoffentlich nahe bevor. Nötig ist freilich Umsicht, Energie, Pflichterfüllung und Selbstverleugnung, wenn es gilt, dem Ganzen über den Rahmen der Partei hinaus förderlich zu sein. Für unsre auswärtige Politik leitend ist der Bismarckische Grundsatz, das mit schweren Opfern Erreichte nicht unnötig vor neue Entscheidungen zu stellen, so lange es mit Ehre vermieden werden kann. Auf diesem Grundsatz beruhen die Bündnisse, die Bismarck unablässig angestrebt hat. Aber auch für unsre innern Verhältnisse muß dieser Grundsatz maßgebend sein. Das mit schweren Opfern Erreichte ist in der Reichsverfassung niedergelegt, die anfangs viel umstritten, als ein zu kunstvoller und nur auf eine Person zugeschnittener Bau angefeindet, sich über ein Menschenalter hinaus bewährt, ihren Schöpfer nun schon seit mehr als zwölf Jahren überdauert hat, und deren durch nichts zu erschütternde Tragfähigkeit niemand durch besseres zu ersetzen vermag. Die Reichsverfassung ist aus dem Bedürfnis heraus geschaffen, die Staatszwecke unsers nationalen Lebens mit der historischen Entwicklung in Einklang zu bringen und das Gleichgewicht für die verschiedenen Mächte des bundesstaatlichen Gebildes nach Recht und Billigkeit, aber dennoch so abzuwägen, daß zumal nach außen hin die Kraft des deutschen Volkes straff und einheitlich, die volle Wirksamkeit verbürgend, zusammengefaßt wird. Nach innen verbürgt die Verfassung eine freiheitliche Entwicklung nicht am wenigsten dadurch, daß dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht kein Korrektiv, nicht einmal in Gestalt eines kaiserlichen Vetos, an die Seite gesetzt wurde. Hier war der Rahmen der Bundes- und der Reichsverfassung sogar recht dehnbar, und wenn nicht Kulturkampf und Sozialdemokratie uns vielfach vom Wege abgedrängt hätten, würde unsre innere Entwicklung noch viel mehr, als es ohnehin der Fall war, einem breiten und befruchtenden Ströme geglichen haben. Man denke nur an das Reichskanzleramt von 1871 und an die gewaltige Ausgestaltung, die der Verwaltungsorganismus des Reiches seitdem erfahren hat! Und wie viele entwicklungsfähige Keime sind da noch vorhanden! Man denke an den unermeßlichen Aufschwung, den Deutschlands Handel, Industrie und Schiffahrt seit 1871 genommen hat! Als im Jahre 1867 alle Schiffe der Einzelstaaten ihre Flagge mit der des Norddeutschen Bundes vertauschten, wie staunte die Welt über die große Zahl deutscher Schiffe, die es plötzlich auf dem Meere gab, und wie gewaltig hat sich seitdem nicht nur ihre Zahl vervielfacht, sondern auch

die Qualität gehoben! Wie groß kamen wir uns vor, als der Norddeutsche Bund das einfache Groschenporto einführte, und heute sehen wir im Herzen Chinas, den Jangtse entlang, ein deutsches Postamt nach dem andern, ein deutsches Konsulat nach dem andern seine zwar stille und geräuschlose, aber um so ergiebigere Pionierarbeit im Dienste des deutschen Handels und damit des Einflusses, des Ansehens und der Macht des Vaterlandes entfalten. Denn Handel ist Macht! Er ist neben dem Ackerbau die unerschöpfliche Quelle des Wohlstandes und damit der Wehrfähigkeit. Die Landwirtschaft ist durch den Umfang des Bodens, durch seine Fruchtbarkeit, durch die Zahl der ihr zur Verfügung stehenden Arme an Grenzen gebunden, die sie in Deutschland freilich noch lange nicht erreicht hat. Aber der Handel pflanzt sich unaufhörlich fortzeugend durch sich selbst fort. Jede neue Erfindung und Einrichtung auf dem Gebiete des Verkehrswezens kommt ihm zu statten, jede Eisenbahn, jede Telegraphenlinie, auch wenn sie durch die landwirtschaftlich unfruchtbarsten Gegenden führen, tritt in seinen Dienst, denn wo Menschen wohnen, da ist auch Handel, und wo Handel ist, da entwickelt sich, wenn weise Hände diese Entwicklung leiten, Wohlstand, Gedeihen und Macht.

Eine Verfassung, die in einem Menschenalter ihrem obendrein nicht einheitlich, sondern bundesstaatlich regierten Volke einen so großartigen Aufschwung gewährt und ermöglicht, die ihm den Schutz eines unangreifbaren Friedens gesichert und Europa das Schauspiel eines wenigstens für den alten Kontinent unerhörten Aufblühens geboten hat, ist es wert, sorgfältig erhalten und gepflegt zu werden. Sie ist dem deutschen Volke, trotz mancher Irrung, eine Quelle wirtschaftlichen und politischen Reichtums geworden, wie sie, vielleicht außer ihrem Schöpfer, im Jahre 1867 niemand voraussehen vermochte. Sie hat sich als ausreichend erwiesen inmitten der tragischen Erschütterungen des Dreikaiserjahres, sie hat wesentlich dazu beigetragen, daß Deutschland nach der Märzkatastrophe von 1890 nach einigen Jahren des Schwankens sein inneres Gleichgewicht wieder fand. Jede auf nationalem Boden stehende politische Partei muß darum bedacht sein, dahin zu wirken, daß sich die weitere Entwicklung unsrer deutschen Geschichte streng im Rahmen dieser Verfassung, in ihrem Geist und Sinn vollziehe. Geist und Sinn dieser Verfassung verbürgen die weiteste individuelle Freiheit, sofern sie nicht gegen die Existenz und die Sicherheit der Gesamtheit, gegen die Grundlagen des nationalen Staates verstößt. Die nationalliberale Partei, damals nur „nationale Partei“ genannt, war bei der Errichtung der Bundesverfassung mit dieser gewissermaßen identisch. Sie wollte den liberalen Ausbau des neuen Bundesstaats innerhalb der gesicherten Bedingungen seines Daseins, sie nahm deshalb später die Bezeichnung nationalliberale Partei an, zum Zeichen, daß den Lebensbedingungen der Nation alles andre unterzuordnen und nachzuordnen sei. Von diesem Standpunkt aus wird die Partei bei der bevorstehenden Sitzung ihres Zentralvorstandes und auf dem in Aussicht genommenen Delegiertentage ihre gesamte Situation zu revidieren haben, aber sie wird damit auch die Wege erkennen, die sie zu gehn hat, sowohl um des Landes willen, als auch um ihren berechtigten stärkern Einfluß auf seine Geschichte wieder herzustellen.

Die Einberufung eines Delegiertentages nach Hannover, wo sich selbstverständlich lokale und provinzielle Einflüsse viel stärker erweisen würden, als dies in Eisenach der Fall war, legt zwei Erwägungen nahe. Hannover hat dem deutschen Reichstage seine besten und befähigsten Mitglieder gegeben. Bennigsen, Miquel und Windthorst sind weder als Redner noch als Parteiführer von einer andern Seite übertroffen oder auch nur erreicht worden; weder die nationalliberale Partei noch das Zentrum haben diese, ihre bedeutendsten, Männer auch nur annähernd zu ersetzen vermocht. Der Grund der Überlegenheit der drei Hannoveraner mag zunächst in der ruhigen, klugen Art des niedersächsischen Volkscharakters liegen, der in seiner reichen Begabung den Sinn auf praktisches nütliches Schaffen gerichtet hat und deshalb von über Prinzipienreiterei ebensoweit entfernt ist wie vom hohlen Pathos des Phrasendreschens und der unfruchtbaren Negation. Hierzu kommt, daß Hannover infolge seiner nahen Beziehungen zu England sein Verfassungsleben mehr dem englischen Vorbilde angepaßt hatte, während in Süddeutschland das den leidenschaftlichern Temperamenten entsprechendere französische, in Mittel- und Norddeutschland das belgische Vorbild bevorzugt worden war. Das englische Vorbild gelangte in Hannover auch in der Geschäftsordnung der frühern hannöverschen Kammern zum Ausdruck, u. a. in dem Umstande, daß die Abgeordneten ihre Reden an den Präsidenten richteten und insolgedessen mehr sachlich und weniger polemisch sprachen. Hierzu gesellte sich oder hieraus entwickelte sich eine hervorragend staatsmännische Befähigung vieler ihrer Mitglieder in dem verhältnismäßig kleinen Lande. Den drei Genannten darf z. B. für den Reichstag des Norddeutschen Bundes noch Graf Münster beigezählt werden, ebenso hat Hannover, wohl unter dem Einfluß von Göttingen, jederzeit über eine auffallend große Zahl bedeutender und begabter Juristen verfügt. Vergleicht man das preussische Abgeordnetenhaus von 1866 mit dem nach dem Eintritt der Abgeordneten der neuen Provinzen oder mit dem Reichstage des Norddeutschen Bundes, so darf man getrost behaupten, daß nach dieser Richtung hin die Annexionen wie ein befruchtender Gewitterregen gewirkt haben. Das große Schlachtengewitter von Königgrätz hat dem preussischen und dem deutschen Parlamentarismus für eine Reihe von Jahren ein ganz andres Gesicht gegeben. Durch die erbitterten und verbitterten Parteikämpfe hatte der 3. Juli 1866 einen dicken Strich gezogen. Daß das siegreiche preussische Königtum aber trotzdem die Verfassung nicht änderte, die ihm fünf Jahre schwerster und obendrein unnötiger Kämpfe bis hart an die Grenze revolutionärer Erschütterungen auferlegt hatte, verdankt Preußen nur der Staatskunst, „welche die Siege ohnegleichen durch eine Mäßigung ohnegleichen überbot.“ An Ratschlägen entgegengesetzter Natur hat es nicht gefehlt, und die konservativen Feindschaften, die sich Bismarck durch sein Sündmützgesuch zuzog, sind kaum geringer und nicht weniger nachhaltig gewesen als die fortschrittlichen, denen er vier volle Jahre lang mit Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit auf der Bresche gegenüber gestanden hatte. Mitten in diese Gegensätze hinein traten die nationalgesinnten Männer, die die neuen Provinzen, vorzugsweise Hannover, Kurhessen und Nassau, in das Parlament entsandten.

Ihnen war die Erbitterung, die die Kämpfe in Preußen gezeitigt hatten, nicht nur fremd, sie sahen vielmehr die Armeecororganisation, die den eigentlichen Gegenstand des Kampfes gebildet hatte, durch die Ereignisse glänzend gerechtfertigt. Sie war doch der Hammer gewesen, der bei Königgrätz zerfchmetternd niederfiel und die Bundestagsfesseln löste. Die Männer, die für die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung seit Jahren gestritten und zum Teil auch gelitten hatten, sahen ihre nationalen Wünsche und Hoffnungen über Erwarten hinaus erfüllt. Sie konnten es darum nicht als ihre Aufgabe erkennen, die ja auch in ihrer Veranlassung hinfällig gewordenen Verfassungskämpfe Preußens fortzusetzen, sie fühlten sich vielmehr berufen, den endlich gebornen ersehnten nationalen Staat gestalten zu helfen, der in König Wilhelm ein so verehrungswürdiges Oberhaupt, in seinem Sohne, dem Kronprinzen, eine stolze Hoffnung, in Bismarck den unbeugsamen Führer, nach dem noch vor wenig Jahren die Dichter gerufen hatten, in Moltke und Roon und dem so glorreich erprobten Heere die Bürgen seiner Zukunft gefunden hatte. Bürger dieses Staates wollte man werden, ihn stützen und ausbauen. Es war derselbe Staat, der Schleswig-Holstein für Deutschland zurückgewonnen, der an den Bundespalast auf der Eschenheimer Gasse das Siegel „Königlich Preussisches General-Kommando“ gelegt hatte, und dessen leitender Minister im August 1866 der französischen Begehrlichkeit und Anmaßung mit so stolzer siegesicherer Überlegenheit entgegengetreten war. Man erinnerte sich, daß das derselbe Mann sei, der schon im September 1863 der Totgeburt des Frankfurter Fürstentages ein deutsches Parlament auf Grund der Reichsverfassung von 1849 entgegengesetzt hatte. Damals wollte man ihm nicht trauen. Als er dem preussischen Abgeordnetenhaufe zurief: *Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo*, hatte man das für Unmaßlichkeit gehalten. Aber seit zwei Jahren hatte sich die Meinung in Deutschland zu ändern begonnen. Man fing an, diesem unheimlichen Riesen zu glauben, der die bisher unerhörte Eigenschaft eines Diplomaten hatte, daß er tat, was er sagte. Jetzt trat man ihm Auge in Auge gegenüber, man sah auf den ehrwürdigen tapfern König und seine ruhmgekrönten Paladine, eine Schar von Riesen schien erstanden, von Gott gesandt, das neue Deutschland zu schaffen. Was sich damals freudig hinzudrängte, an dieser Arbeit mitzutun, dieses Reich, das Ziel einer heiligen und großen Sehnsucht aufrichten, stützen, schirmen und schützen zu helfen — das war, neben einer begeisterten und hingebungsvoll beseeelten Jugend, in der Mehrzahl die nationalliberale Partei. Möge sie nie vergessen, daß der 3. Juli 1866 ihre heiße Geburtsstunde war!

Unter den Nationalliberalen der Provinz Hannover gibt sich seit einigen Jahren eine zunehmende Verstimmung kund, die leider nicht ohne Berechtigung ist. Wackere Männer treten beiseite und mögen nicht mehr mittun, andre predigen den Anschluß nach links, ein Versuch, der sich noch immer für die Partei verhängnisvoll erwiesen hat, kurzum, die einst so warm empfundene und bewiesene Freude am Reich ist lau geworden. In andern Parteien ist das freilich auch der Fall, und eine Reihe von Erscheinungen in unserm öffentlichen Leben, auf die hier nur hingedeutet zu werden braucht, wird in der

Regel als Grund dafür angegeben. In Hannover aber tritt andres erschwerend hinzu. Dort ist der Bund der Landwirte mehr als in jedem andern Landesteil der Störenfried geworden, und zwar, obwohl im Bündnis mit dem Welfentum, unter der Konnivenz der königlichen Behörden. Altpreußische Konservative werden seit längerer Zeit in den Beamtenstellungen der Provinz als Landräte und Regierungspräsidenten bevorzugt. Diese haben ihre alt-preußisch-konservativen Gesinnungen auf einen Boden verpflanzt, wo sie nimmermehr Wurzeln schlagen können, sie sind dabei — vielleicht auch in einem mißverstandnen Eifer, der „Versöhnung“ zu dienen — in die Nege des Welfentums geraten. So bietet die Provinz seit einer Reihe von Jahren das befremdende Bild, daß die Vertreter der Interessen des preußischen Staats und der preußischen Krone ihre Sympathie und Unterstützung bei den Wahlen ganz offen Gruppen zuwenden, die die preußische Herrschaft in Hannover für eine Usurpation erklären, und den Herzog von Cumberland als den einzig rechtmäßigen Landesherrn ansehen. Die Partei dagegen, die seit 1866 die Stütze der preußischen Regierung nicht nur im Lande, sondern auch im Landtag und im Reichstag gewesen ist, sieht die Einflüsse der Behörden gegen sich gerichtet und wirksam nur zu Gunsten ihrer Gegner. Dem Fürsten Hohenlohe ist über dieses Mißverhältnis wiederholt berichtet worden, Minister Miquel kannte es in allen seinen Einzelheiten. Fürst Hohenlohe schüttelte den Kopf und machte sich Notizen, die Mißbilligung Miquels, der ja mit den Verhältnissen und Persönlichkeiten genau vertraut war, konnte kaum schärfer sein. Jeder Hannoveraner, der über den Gang der Dinge in der Heimat bei ihm klagte, empfing die bestimtesten Zusagen und reiste hoffnungsvoll nach Hause. Aber es blieb alles, wie es war. Als die Beseitigung des Regierungspräsidenten Stüve in Osnabrück drohte, erklärte Miquel, er werde das, so lange er Minister sei, nie zugeben. Stüve ging, Miquel blieb. Kein Wunder, daß schließlich die nationalliberale Partei in Hannover den Glauben verlor und verstimmt und entmutigt zur Seite trat. Aber dieser Zustand darf nicht dauern. Der jüngste Wechsel im Oberpräsidium der Provinz ist in der bestimmten Absicht erfolgt, das dortige Beamtentum aus der welfischen Umstrickung zu lösen, und der antlichen Gegnerschaft gegen die nationalliberale Partei ein Ende zu machen. Immerhin bedarf der neue Oberpräsident erst der persönlichen Orientierung, und bis jetzt hat sich anscheinend noch nichts geändert.

Klar ist, daß es nicht im staatlichen Interesse läge, wenn ein nationalliberaler Delegiertentag in Hannover durch berechtigten Unmut der dortigen Parteigenossen beeinflusst würde. Dies um so weniger, als man an der leitenden Stelle in Berlin nicht darüber im Zweifel ist, daß in Hannover wohl der Reichsgedanke starke Wurzeln geschlagen hat, daß aber preußische Gesinnungen und preußisches Staatsgefühl in einem Lande mit so ausgeprägter Stammeseigentümlichkeit sobald nicht oder doch nur in sehr mäßigem Umfang zu erwarten sein werden. Je schwächer aber das preußische Staatsgefühl bleibt, desto leichteres Spiel wird immer das Welfentum haben. Gewiß sind die Behörden in Hannover des guten Glaubens gewesen, daß sie durch Betonen konservativer Grundsätze sowohl die im allgemeinen sehr konservativ gerichtete

Bevölkerung der Provinz für das preußische Staatsgefühl gewinnen, wie auch insbesondere das Welfentum zu sich herüberziehen würden. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Bevölkerung hat sich in großer Mehrzahl von diesem preußischen Konservatismus abgestoßen gefühlt, und das Welfentum ist nicht der gewonnene, sondern der gewinnende Teil geworden. Ein anderer Grund der Verstimmung der hannoverschen Nationalliberalen ist der bisherige Verlauf der Kanalfrage. Es kann nicht bestritten werden, daß die Provinz Hannover an der Kanalsache stark interessiert ist, wenngleich auch dort unausgetragene Gegensätze für und wider den Kanal bestehen. Aber die nun einmal verstimmtten Nationalliberalen sehen in der Vertagung nur eine Konzession an ihre von den Behörden der Provinz unterstützte politische Gegnerschaft. Diesen Standpunkt vermögen wir nicht zu teilen. Die ohnehin verwickelte innerpolitische Lage jetzt von neuem mit der Kanalvorlage zu belasten, wäre absolut unrichtig gewesen, zumal für die letzte Session der Legislaturperiode. Diese Session schon um der Wahlvorbereitungen willen so kurz als möglich zu gestalten, ist durchaus zweckmäßig. Die Wiedereinbringung der Kanalvorlage würde nur zu endlosen Wahlreden innerhalb des Hauses geführt und vielleicht mit einer neuen Niederlage der Regierung geendet haben. Jetzt ist jedem Kandidaten zum Abgeordnetenhaus die Möglichkeit geboten, sich mit seinen Wählern im voraus darüber zu verständigen. In Betracht kommt daneben auch, daß das Ministerium der öffentlichen Arbeiten einen neuen Chef erhalten hat, der doch die Vorlage erst von seinem Standpunkt aus zu prüfen und sich in die Sache einzuleben hat. Eine Wiedereinbringung im Jahre 1904 hat jedenfalls mehr Aussicht auf Erfolg, als sie 1903 gehabt hätte, und das Land darf sicher sein, daß die Einbringung nur nach einer neuen sorgfältigen Prüfung erfolgen wird, zu der die vielfach veränderten Expropriationsverhältnisse ohnehin Anlaß geben.

Bei der Feier ihres fünfundzwanzigjährigen Bestehens hat die nationalliberale Partei eine Denkschrift erscheinen lassen (bearbeitet im Auftrage des nationalliberalen Vereins für das Königreich Sachsen von Dr. Karl Maaf in Dresden, Leipzig, Dunder und Humblot), die einen vorzüglichen Überblick sowohl über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion wie über die Ergebnisse der jedesmaligen Wahlbewegung gewährt. Das Buch bietet für die Partei recht lehrreiche Aufschlüsse und sollte bei Beginn der Wahlperiode, namentlich von den zur Führung berufenen Persönlichkeiten in den einzelnen Wahlmittelpunkten eines sorgfältigen Studiums gewürdigt werden. Die Partei hatte ihren Höhepunkt bei den Wahlen von 1871 und 1874 mit 155 Mandaten, einen Höhepunkt, von dem sie langsam herabsank. 1877: 141, nach der Auflösung 1878 anlässlich der Ablehnung des Sozialistengesetzes 109. Die Wahlen von 1881 bezeichnen nahezu den tiefsten Stand mit 47 Mandaten; sogar die Septennatswahlen von 1887 brachten die Fraktion nur auf 99. Bei den Neuwahlen im Februar 1890, nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes und mitten in der Bismarckkrise, sank sie auf 42. Es war die tiefste Erschütterung des nationalen Gedankens. Im Jahre 1893: 45 Mitglieder und 7 Hospitanten, 1898: 44 Mitglieder und 4 Hospitanten, der augenblickliche Bestand ist 47 Mitglieder und

6 Hospitanten. Vergleicht man die Zahlen mit den Ereignissen, so ergibt sich die Lehre, daß sich die Partei in der Zeit der nationalen Hochflut des stärksten Bestandes erfreute, daß ihr Verhalten zum Sozialistengesetz im Jahre 1878 ihr schon 32 Mandate kostete, und daß sie in der Stärke sank, je mehr sie innerlich von dem Leiter der Reichspolitik abbrückte. Nicht einmal die Septennatswahlen mit ihrer starken nationalen Agitation vermochten ihr die Zahl 100 wiederzugeben; seitdem ist sie fortgesetzt unter dem Drittel ihres ursprünglichen Bestandes geblieben.

In die neue Wahlperiode tritt die Partei mit größerer Rührigkeit als seit langer Zeit ein. Ob mit größerem Erfolge, wird wesentlich davon abhängen, ob sie sich auf ihre ursprüngliche Stellung und Aufgabe besinnen, ihre innere Einheit wieder herstellen oder lokalen Verstimmungen zuliebe Prinzipienreiterei und eine Politik des Schmollens treiben wird. Frische und freundige Mitarbeit am Reichsbau hatte sie einst groß gemacht und ihr eine führende Stellung gegeben, das Überhandnehmen doktrinäer Einflüsse ist ihr verhängnisvoll geworden. Vor allem wird sich die Partei darüber klar sein müssen, daß sie nicht zugleich gegen Konservative, Zentrum und Sozialdemokratie fechten kann. Will sie einen festen Platz im Staatsleben behaupten, so muß sie ihn auch bei den Wahlen nehmen. Aus diesem Grunde muß es bedauert werden, daß die am 12. dieses Monats in Leipzig gepflognen Verhandlungen über ein Wahlkartell für Sachsen nicht oder wenigstens noch nicht zu einer Einigung geführt haben, und es bleibt dringend zu wünschen, daß in den bevorstehenden Sitzungen des Zentralvorstands und des Delegiertentags volle Klarheit geschaffen werde über das, was der Partei frommt. Es ist gerade kein erhebendes Schauspiel gewesen, wenn im Monat Dezember jeder größere oder kleinere nationalliberale Verein Hofkriegsrat spielen und der Fraktion im Reichstage ihr Verhalten vorschreiben wollte. Je nachdem die Post von Norden oder von Süden in Berlin eintraf, waren es Tadel- oder Zustimmungsvoten; aus einzelnen Provinzen, wie z. B. gerade aus Hannover, kamen Kundgebungen diametral entgegengesetzter Art. Das ist verkehrt. Was die Fraktion in Berlin in voller Kenntnis der politischen Situation wie im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit beschließt, muß von der Partei angenommen werden. Es fehlt die Parteidisziplin, wenn jedes geehrte Mitglied seine eigne Meinung zur Geltung bringen, und jeder lokale Verein durch sein Votum einen Einfluß auf die Abstimmung im Reichstage ausüben will. Das Mandat ist auf fünf Jahre übertragen, Deutschland kennt kein mandat impératif, die Abgeordneten sind, wie die Verfassung ausdrücklich vorschreibt, nicht an Aufträge und Instruktionen gebunden. Die Fraktion ist damit für die Dauer der Legislaturperiode der eigentliche Vorstand und die Leitung der Partei. Ist diese damit nicht zufrieden, so kann sie das bei den nächsten Wahlen zum Ausdruck bringen, auch wohl nach jeder Session bei dem Rechenschaftsberichte, den die einzelnen Abgeordneten abzustatten pflegen. Aber die Fraktion, die im Feuer steht, wird selten in die Lage kommen, während der Schlacht Ratschläge oder Aufträge einzelner Wählergruppen zur Befolgung anzunehmen, die Stimmabgabe im Reichstage hängt oft genug von Erwägungen ab, die sich öffentlich nicht diskutieren lassen. Diese

entgegengesetzten Kundgebungen aus den Wählerkreisen — es ist übrigens diesmal andern Parteien nicht besser gegangen — erinnern an die Äußerung Bismarcks zu einem englischen Diplomaten: „Wenn die Deutschen das Geld dazu hätten, hielte sich jeder seinen König.“ So sieht auch jeder Wähler in dem Abgeordneten seinen Beauftragten, den er durch die elektrische Klingel zu dirigieren berechtigt ist. Es ist das ein auffälliger Mangel an Staatsfönn, ein Mangel des Blicks für das politisch Mögliche, ein Mangel, dessen Vorhandensein in solchem Umfange dreißig Jahre nach der Aufrichtung des Reichs in Erstaunen setzen muß. Die staatsfönnige Gentry, Englands stärkste Stütze, ist bei uns leider noch nicht in der Zunahme begriffen, eher im Rückgange, und dem entspricht auch die Zusammensetzung des Reichstags. „Immer strebe zum Ganzen“ hat Schiller seinen Deutschen schon vor mehr als hundert Jahren vergeblich zugerufen, „und kannst du selber kein Ganzes werden — als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an!“ Ja, wenn das Dienen, das freiwillige Dienen, den so stark individuell angelegten Deutschen nur nicht so schwer fiele! Der Nationalfehler, an dem einst das alte Reich zu Grunde ging, haftet uns auch heute noch mit voller Stärke an. Man halte doch Umschau: die Parteien, die die meiste Disziplin haben, haben auch die meisten Erfolge. Die unwiderlegliche Sprache der Zahlen predigt der nationalliberalen Partei laut und eindringlich genug die Lehre, vom Feinde zu lernen. Würde sie zu denen gehören, die nichts lernen und nichts vergessen, dann würde sie bald weder national noch liberal, vielleicht überhaupt nicht mehr sein. *g*



Die Ausbildung der höhern Verwaltungsbeamten in Preußen und andres

Ein Mahnruf an alle, die es angeht

(Schluß)

3



er Gesetzentwurf sieht weiter einschneidende Änderungen in den Einzelheiten der Ausbildung der Regierungsreferendare vor. Er geht nach der Begründung dabei von der Erwägung aus, daß der Vorbereitungsdiens, so wie er jetzt geordnet sei, namentlich wegen der ungenügenden Dauer der Beschäftigung bei den Lokalbehörden, also an den Stellen, wo sich die Verwaltung in unmittelbarer Berührung mit Land und Leuten vollziehe, dem angehenden Verwaltungsbeamten zu wenig Gelegenheit biete, aus eigener Anschauung die Verhältnisse und die Wirkung der Gesetze und der Verwaltungseinrichtungen kennen zu lernen, und ihn zu wenig in die Lage bringe, sich die Fähigkeit, die Bedürfnisse von Land und Volk zu erfassen, sowie die Gewandtheit im Verkehr mit dem Publikum und den Takt anzueignen, ohne die eine gedeihliche Verwaltungstätigkeit nicht denkbar sei. Zu diesem Zweck will man die